

«Jetzt brauchen wir eben die Peitsche»

US-Botschafter Donald Beyer über Sanktionen gegen Iran, die Aussenpolitik der Schweiz und Privatarmeen

INTERVIEW: A. CASSIDY, M. PRAZELLER, Bern

Wirtschaftskrise, Kriege und Ölkatastrophe: Die USA blicken auf ein schwieriges Jahr zurück. Doch Donald Beyer, den US-Botschafter in der Schweiz, bringt all dies nicht aus der Ruhe.

Amerika ist angeschlagen. Die hohe Arbeitslosigkeit, eine schwache Industrieproduktion und ein gigantischer Schuldenberg machen der grössten Volkswirtschaft der Erde zu schaffen. Während die USA auf dem internationalen Parkett mit den aufstrebenden Chinesen um Einfluss ringen, macht sich bei vielen Bürgern Enttäuschung breit über die etablierten politischen Parteien, die sich gegenseitig blockieren. Konjunktur haben in den USA vor allem jene Stimmen, die vom Ende der amerikanischen Weltmacht überzeugt sind.

Einen ganz anderen Eindruck vermittelt der höchste US-Vertreter in der Schweiz, Botschafter Donald S. Beyer. Gelassen steht er vor seinem eigenen Ölporträt im Musikzimmer der prächtigen Berner Diplomatenresidenz. Die Wände im holzgetäfelten Entrée schmücken Tannenzweige, an denen rote Christkugeln hängen. In einer Ecke stehen mehrere Paar Ski, und aus dem Nebenraum dringt lautes Gelächter. Über die Feiertage habe er viele Gäste aus der Heimat im Haus, erklärt Beyer.

BaZ: Herr Botschafter, kurz nach Ihrem Amtsantritt im Oktober 2009 versprochen Sie uns, Präsident Obama in die Schweiz zu holen. Was ist daraus geworden?

DONALD BEYER: Wir arbeiten daran und fragen regelmässig in Washington nach. Der Präsident hätte gute Gründe, in die Schweiz zu kommen. Dieses Jahr hätte ein Staatsbesuch die Gelegenheit geboten, der Schweiz für die Aufnahme der uigurischen Guantánamo-Häftlinge zu danken. Ich hoffe nun, dass sich 2011 eine Möglichkeit bietet, bei der wir Präsident Obama mit Schweizer Investoren zusammenbringen können. Angesichts der grossen Arbeitslosigkeit in Amerika wäre das ganz im Sinne der Wirtschaftsförderung.

Bei unserem letzten Treffen sprachen wir über das positive Image der Schweiz in den USA. Seither war die Schweiz wegen der Minarett- und Ausschaffungsinitiativen sogar Thema in US-Talkshows. Wie hat sich das Bild der Schweiz seit Ihrem Antritt verändert?

Das hatte gar keinen Einfluss. Sowohl für einfache Bürger wie auch für die Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft gilt: Nur Grossbritannien ist als Land bei den Amerikanern noch beliebter als die Schweiz. Auch die oft kritisierten Schweizer Banken haben nach wie vor einen hervorragenden Ruf. Und die Ausschaffungsinitiative hat aus unserer Sicht lediglich dazu geführt, dass sich die Schweiz in ihrem Umgang mit kriminellen Ausländern den USA angleicht.

Sie haben den Bundesrat zu schärferen Sanktionen gegen Iran gedrängt. Warum?

Präsident Obama hat sich zum Ziel gesetzt, die weltweite Zahl der Nuklearsprengköpfe zu reduzieren. Im Fall von Iran haben wir versucht, das Regime mit Anreizen dazu zu bringen, sich zur friedlichen Nutzung von Atomenergie zu verpflichten. Doch das Versprechen auf internationale Anerkennung und eine stärkere internationale Integration hat in dieser Sache nichts gebracht. Jetzt brauchen wir nebst dem Zuckerbrot eben auch die Peitsche, um die iranische Regierung an den Verhandlungstisch zu bringen.

Unternimmt denn die Schweiz in dieser Hinsicht zu wenig?

Sowohl die USA als auch die EU haben gegenüber Iran Sanktionen erlassen, die über die Massnahmen in der UN-Resolution 1929 hinausgehen. Ausser der Schweiz unterstützen sämtliche europäische Staaten diese Sanktionen – auch Nicht-EU-Länder wie Norwegen. Wir haben die Schweiz deshalb darum gebeten, dass sie gegen Iran ebenfalls Massnahmen ergreift, die weitergehen, als es die schwach formulierte UN-Resolution vorsieht.



Teile des Bundesrats befürchten, dass die Schweiz mit schärferen Sanktionen gegen Iran ihre Rolle als Vermittlerin untergräbt.

Die Schweiz ist tatsächlich in einer schwierigen Situation. Als neutrale Vermittlerin erbringt sie gerade in der Iran-Frage wertvolle Dienste für die USA. Doch gerade deshalb ist es umso wichtiger, dass die Schweiz diese Sanktionen unterstützt. Damit würde sie gegenüber Iran ein deutliches Zeichen setzen.

«Präsident Obama sind in jüngster Zeit grosse Würfe gelungen.»

Die Sanktionen gegen Iran sind nicht der einzige Bereich, in dem sich die Schweiz und die USA nicht einig sind. Für bisweilen laute Misstöne sorgte der Streit um das Bankgeheimnis. Den dieses Jahr verabschiedeten UBS-Staatsvertrag lobt Beyer als ein wichtiges Geschäft, das den Grundstein für die weitere Zusammenarbeit in Steuerfragen gelegt habe. Über die kürzlich von der «New York Times» publik gemachte Untersuchung gegen einige Kantonalban-

ken weiss Beyer nichts: «Falls es eine Untersuchung gibt, wurden wir darüber nicht informiert.» Dies sei aber nicht ungewöhnlich. Als persönlichen Höhepunkt des abgelaufenen Jahres wertet Beyer die Aufnahme der zwei Uiguren aus dem Gefängnis Guantánamo durch die Schweiz. Dabei handle es sich um eine «mutige und grosszügige Geste», zu der kein anderer Staat bereit gewesen sei.

Für die USA war 2010 ein äusserst schwieriges Jahr. Was hat Sie am meisten beschäftigt?

Das grösste Problem ist die Arbeitslosigkeit. Wir wissen nicht recht, womit wir es zu tun haben: Sind unsere wirtschaftlichen Probleme bloss zyklisch bedingt oder wurzeln sie viel tiefer? In den USA zeigt sich besonders ausgeprägt, was wir auf der ganzen Welt sehen: Die Einkommen werden immer ungleicher verteilt. Insgesamt teile ich Ihre Einschätzung aber nicht. 2010 war für die USA auch ein gutes Jahr.

Wie das?

In jüngster Zeit sind Präsident Obama einige grosse Würfe gelungen. Man denke nur an den Abrüstungsvertrag mit Russland oder das Freihandelsabkommen mit Südkorea. Letzteres ist das bedeutendste Abkommen dieser

Art seit zwanzig Jahren. Es ist zudem ein grosser Fortschritt, dass Homosexuelle in der Armee künftig nicht mehr diskriminiert werden. Und mit dem grossen Steuerkompromiss haben die Parteien gezeigt, dass sie doch noch zusammenarbeiten können.

Der Erfolg der Tea-Party-Bewegung hat viele Europäer überrascht. Weshalb ist sie so erfolgreich?

Die Tea Party ist eine sehr heterogene Bewegung, und die Motive ihrer Anhänger sind vielfältig. Den einen bereitet die hohe Arbeitslosigkeit Sorgen, andere fürchten den Aufstieg neuer Grossmächte wie China und Indien oder den Verlust unseres Sendungsbewusstseins, des amerikanischen *exceptionalism*. Deshalb ist es schwierig auszumachen, was die Tea Party wirklich will. Ich bin aber überzeugt, dass ihre Positionen in den nächsten Jahren in den bestehenden Parteien aufgehen werden.

Beim Rundgang durch die Residenz zeigt Beyer den Besuchern stolz das riesige Puzzle mit dem Foto des Matterhorns. Sechs Wochen hat er daran gearbeitet, denn Freizeit hatte er in letzter

«Calmy-Rey hat es geschafft, die Schweiz als Vermittlerin zu positionieren.»

Zeit kaum. Die von der Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichten Botschaftsdepeschen dominierten seinen Alltag. Er hatte Dutzende von Anfragen zu beantworten. An der Arbeitsweise der US-Diplomaten habe sich wegen Wikileaks aber nichts geändert, sagt Beyer. Seine Erfahrungen in der Schweiz rapportiere er nach wie vor «intelligent, reflektiert und ehrlich».

Kürzlich wurde die erste Depesche aus Ihrer Feder auf Wikileaks veröffentlicht. Darin sind Sie voll des Lobes für Aussenministerin Micheline Calmy-Rey.

Ich mag sie sehr. Micheline Calmy-Rey hat den Begriff der Neutralität neu definiert. In den letzten Jahren hat sie es geschafft, die Schweiz als Verfechterin einer aktiven Neutralität neu zu positionieren. Die Dienste der Schweiz als Vermittlerin sind heute gefragter denn je. Diese Haltung deckt sich auch mit den Vorstellungen der Vereinigten Staaten.

Inwiefern?

Die Aussenpolitik der USA ist eine der aktivsten der Welt. Wir machen unseren Einfluss auf der ganzen Welt geltend. Und immer, so glaube ich, aus guten Gründen. Wir setzen uns in allen Ländern für mehr Freiheit, mehr Demokratie und mehr Wohlstand ein. In der Schweiz und Micheline Calmy-Rey sehen wir einen Partner, der die gleichen Ziele verfolgt.

Viele Schweizer mögen sich nicht für die Aussenpolitik von Micheline Calmy-Rey begeistern. Sie ist so unbeliebt wie nie zuvor.

Wie in den USA interessieren sich die Menschen wahrscheinlich auch hier vor allem für die innenpolitischen Themen. Selbst wenn Präsident Obama über ein Dutzend aussenpolitische Erfolge feiern würde: Ist die Arbeitslosenquote in den USA zu hoch, wird er bei den nächsten Wahlen Schwierigkeiten haben.

Im Sommer hat die britische Privatarmee Aegis, die auch im Dienst der USA tätig ist, ihren Holding-Sitz nach Basel verlegt. Die Proteste in der Schweiz waren heftig. Hat Sie das erstaunt?

Keineswegs. Auch in den USA sind private Sicherheitsdienstleister nicht unumstritten. Aber klar ist: Wir sind vor allem in Krisengebieten auf die Hilfe solcher Firmen angewiesen.

In der Schweiz fiel die Ablehnung einhellig aus.

Aus diesem Grund habe ich Verständnis für die Vorstösse im Parlament und die Haltung des Bundesrates, die Bedingungen, unter denen diese Firmen sich hier niederlassen, zu umschreiben. Das ist absolut nachvollziehbar.

Obamas Mann. Botschafter Donald Beyer (60) vertritt die US-Regierung in Bern und lobt die aktive Aussenpolitik der Schweiz. Foto Annette Boutellier

zur person

Die Stimme Amerikas

GESCHÄFTSMANN. Donald Beyer (60) wurde von US-Präsident Barack Obama im Sommer 2009 zum Botschafter in der Schweiz und Liechtenstein ernannt. Geboren wurde er als Sohn eines US-Offiziers im italienischen Triest. Nach dem Abschluss seines Ökonomiestudiums führte er mehrere Jahre erfolgreich das familieneigene Handelsunternehmen, das sich auf den Vertrieb mehrerer grosser Automarken spezialisiert hatte. Als Politiker machte sich der Demokrat Beyer einen Namen als langjähriger Vizegouverneur von Virginia. Vor seiner Ernennung zum Botschafter war er Mitglied des Wahlkampfteams von Barack Obama. Mit seiner Frau Megan, einer ehemaligen TV-Journalistin, wohnt Beyer in Bern. Er hat vier Kinder.pra/ac